

Beantwortung der Wahlprüfsteine des Konstanzer Bündnisses für gerechten Welthandel- gegen TTIP, CETA, TiSA – Antje Behler und Sibylle Röth, Landtagskandidatin und Ersatzkandidatin der Partei Die LINKE

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Die Linke setzt sich seit Jahren für einen gerechten Welthandel und eine neue Weltwirtschaftsordnung ein. Das beinhaltet die entschiedene Kritik der zahlreichen verabschiedeten bzw. in Verhandlung befindlichen neoliberalen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und anderen. Denn dass Handel den gegenseitigen Wohlstand befördert, basiert auf der Voraussetzung, dass er sich gleichberechtigten und gleichmächtigen Interaktionspartnern vollzieht. Nur unter diesen Bedingungen wäre freier Handel zugleich fairer Handel, denn sobald die eine Seite Bedingungen bietet, die der anderen nicht hinreichend vorteilhaft erscheinen, kann sie diese ausschlagen. Jedes Machtungleichgewicht zwischen den Interaktionspartnern zerstört diese notwendige Grundlage der Fairness, sodass der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen zu Unterdrückung und Ausbeutung werden kann. Internationale Abkommen können gesetzliche Regelungen bereitstellen, die die Gleichheit der Partner sichern – oder schwächen.

Bei den aktuellen Abkommen überwiegt Letzteres. Auf internationaler Ebene stärken sie die Übermacht des globalen Nordens gegenüber südlichen Ländern, auf nationaler Ebene stärken sie die Macht der Großkonzerne gegenüber regionalen Wirtschaftsstrukturen und den Arbeitnehmern. Denn anstatt Umwelt-, Sozial- und Qualitätsstandards zu stärken, werden diese geschwächt. Im geheimen ausgehandelt, entsprechen diese Abkommen nicht unseren Maßstäben von demokratischer Mitbestimmung und zivilgesellschaftlicher Diskussion, so wie auch ihre Umsetzung einen deutlichen Eingriff in die demokratische Selbstbestimmung darstellen würde. Indem sie ein „Sonderrecht“ für Investoren und Unternehmen schaffen (Stichwort Schiedsgerichte), untergraben sie die Rechtsstaatlichkeit. Sie erscheinen uns deshalb unannehmbar, weswegen wir unseren Kampf dagegen fortsetzen werden – sowohl auf der Straße, wie in den Parlamenten (vgl. zu Letzterem z.B. [Dossier Freihandelsabkommen - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag \(linksfraktion.de\)](#)).

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Die Maßgaben des Pariser Klimaschutzabkommens, die strenggenommen selbst unzureichend sind um der Erderwärmung effektiv entgegenzutreten, sind das Minimum dessen, was unseres Erachtens bei Handelsabkommen unbedingt festgeschrieben werden muss. Das dies aktuell keineswegs der Fall ist, sehen wir an dem Entwurf zum EU-Mercosur-Abkommen, in dem Klimaschutz nicht zum wesentlichen Bestandteil, sondern sozusagen zum „nice-to-have“ erklärt wird. Es bleibt bei Absichtserklärungen, die nicht einklagbar sind, und mit deren stringenter Umsetzung angesichts der Haupthandelsgüter – überspitzt Autos gegen Rindfleisch – kaum zu rechnen ist. Weit wahrscheinlicher ist, dass in Südamerika weiterhin Tausende von Quadratkilometern Regenwald für Weideflächen geopfert werden und die europäischen Automobilkonzerne durch die Erschließung dieser neuen Märkte umso weniger gezwungen sind, sich auf moderne umweltschonende Mobilitätstechnologien umzustellen. Bezeichnend ist im Übrigen, dass auch hier die öffentliche Debatte erst einsetzen konnte, nachdem der Entwurf geleakt wurde (vgl. [EU-](#)

[Mercosur-Abkommen: Greenpeace veröffentlicht Verhandlungstext | Greenpeace](#)). Angesichts der Bedeutung des Klimaschutzes für unser aller Überleben ist dies nicht hinnehmbar.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

Noch bei der letzten Landtagswahl 2016 waren CETA und insbesondere TTIP ein vieldiskutiertes Thema, letzteres schien damals kurz vor dem Abschluss zu stehen – dass ausgerechnet Donald Trumps „America-first“-Politik uns davor bewahrt hat, entbehrt nicht einer gewissen Skurrilität.

Im jetzigen Landtagswahlkampf ist die Aufmerksamkeit ganz anders fokussiert, steht er doch eindeutig im Zeichen der Corona-Krise. Die regionalen Probleme haben dabei eindeutig Priorität vor der internationalen Ebene. So verständlich das ist, drohen dadurch doch wichtige Themen in den Hintergrund zu geraten – unter anderem CETA. Dies darf nicht sein, weil hier Weichenstellungen für die Zukunft entschieden werden. Als LINKE werden wir darauf achten, dass die schwerwiegenden regionalen Probleme nicht die internationalen verdrängen. Ein Beispiel ist, das gerade auch im Kontext von Corona die Frage nicht vergessen werden darf, wie es eigentlich im globalen Süden um die Zugänglichkeit der Impfstoffe steht.

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei - bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Falls die Linke in Baden-Württemberg Teil der Landesregierung werden sollte, schließen wir ein Ja zu CETA definitiv aus. Unsere Partei lehnt das Abkommen entschieden ab, da viele der bereits bezüglich TTIP von uns ausformulierten Kritikpunkte auch auf CETA zutreffen. Unter [TTIP - Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag \(linksfraktion.de\)](#) können Sie sowohl einsehen, was unsere Kritik umfasst, als auch wie wir uns den Weg zu einem gerechteren Welthandel vorstellen. Alles was sich von Stuttgart aus zu diesem Ziel beitragen ließe, würden wir bei einer Beteiligung an der künftigen Landesregierung forcieren.